

blick nach

rechts

antifaschistisches Pressearchiv
und bildungszentrum
berlin e.V. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin
fon | fax: 030 . 611 62 49
mail@apabiz.de | www.apabiz.de

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 19. Jahrgang, Nr. 13, 27. Juni 2002

Einblicke

Hemmungslos

Von Helmut Lölhöfel

Immer die selben: Jürgen Möllemann, Martin Walser. Sie provozieren und regen auf, setzen Debatten in Gang und sich selbst in Szene. Rechthaberisch, uneinsichtig, rücksichtslos.

Der von Möllemann losgetretene Antisemitismus-Streit wurde zeitversetzt begleitet von der Auseinandersetzung um Deutungen des neuen Walser-Romans. Ob in dem chiffrierten Text antisemitische Tendenzen verborgen sind oder nicht, das müssen politisch wache Leser und Literaturwissenschaftler herausfinden. Warum der stellvertretende FDP-Vorsitzende Möllemann den stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Michel Friedman, für Antisemitismus mitverantwortlich macht, ist durchschaubar. Er, der sich eine Traum-Marke gesetzt hat, schießt auf neue Wähler. Hauptsache, die Medien berichten über seine kalkulierten Tabubrüche.

Selbstverständlich gibt es ein Recht, Israels Militärpolitik zu kritisieren. Selbstverständlich ist auch das Recht, Friedmans Doppelrolle als moralische Instanz und penetranter Showmoderator in Frage zu stellen. Ebenso unbestritten ist das Recht eines Schriftstellers, sich fiktive Szenen mit realen Personenbezügen auszudenken. Aber jedes Recht hat seine Grenze.

In diesem Fall ist sie leicht zu definieren: Politiker wie Literaten haben darauf zu achten, dass ihre Zitate nicht zum Anlass genommen werden, um begründete und gewachsene Fundamente aufzuhacken. Eines dieser Fundamente ist der Grundkonsens, dass wir Deutschen zu Israel ein besonderes Verhältnis haben. Auf lange Zeit. Wer dieses Tabu knacken möchte, verdrängt Geschichte.

Das übersieht die FDP. Sie ist dabei, hemmungslos einen Wert und eine Tradition aufzugeben und einen Bruch unserer Zivilgesellschaft zu riskieren. Jetzt wird – wie lächerlich – ein „Ende der Debatte“ gefordert. Wir denken nicht daran. Wir müssen sie für Klärungsprozesse nutzen.

Hartnäckige Basis

Die Schill-Partei hat ihren Vorsitzenden überstimmt und will zu den Bundestagswahlen antreten.

Seite 2 ■

Kompromisse gesucht

Innerhalb des neonazistischen Lagers macht sich der Wunsch nach Einheit und Einheitlichkeit bemerkbar.

Seite 3 ■

Im Visier der Behörde

Mit einem „Appell für die Pressefreiheit“ protestiert die „Junge Freiheit“ erneut gegen den NRW-Verfassungsschutz.

Seite 5 ■

Geldhahn abgedreht

Das Wirken des engagierten Vereins „Miteinander“ passt der neuen Regierung von Sachsen-Anhalt nicht ins Konzept.

Seite 6 ■

Ungeschöntes Bild

Vorbildlich hat die Schweiz jetzt ihre Politik während der NS-Zeit aufgearbeitet – davon sind andere Staaten noch weit entfernt.

Seite 11 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel

Redaktion: Gabriele Nandlinger

Grauzone

Rebellische Basis

Die Schill-Partei beschließt Teilnahme an der Bundestagswahl am 22. September.

Die Mitglieder der Partei Rechtsstaatliche Offensive (PRO) votierten auf ihrem Parteitag am 22. Juni in Hamburg mit einer knappen Mehrheit von 67 Stimmen für eine Beteiligung an der Bundestagswahl im September. Kurz vor Ablauf der Meldefrist beim Bundeswahlleiter hat sich die Parteibasis damit gegen ihren Vorstand durchgesetzt. Eigentlich sollte die Entscheidung über die Teilnahme an der Wahl bereits am 11. Mai gefällt werden. Doch der zweite Bundesparteitag der Schill-Partei hatte sich als Blamage entpuppt: Das erforderliche Beteiligungsquorum von 25 Prozent war unterschritten worden. Die PRO musste die Versammlung wegen Beschlussunfähigkeit abbrechen.

Die internen Querelen der letzten Wochen – heftige Machtkämpfe und Streitereien um die Auslegung der Satzung bei der Gründung von Landesverbänden – hatten Spuren hinterlassen. Auf dem Nachfolgeparteitag bereiteten die PRO-Mitglieder ihrem Vorsitzenden einen entsprechend kühlen Empfang. In seiner eineinhalbstündigen Rede entlud Ronald Schill, wie gewohnt, seinen Zorn gegen die „korrupten Politiker der etablierten Parteien, die sich die Taschen voll machen“. Der ehemalige Amtsrichter wetterte gegen das „Massenzuwanderungsgesetz“. Es sei durch Manipulation der Verfassung von der SPD mit Hilfe ihres „Vasallen“ Johannes Rau durchgedrückt worden, behauptete der Parteivorsitzende und forderte die „Errichtung der Festung Europa gegen unkontrollierte Einwanderung“. Wenn Schill gegen Ausländer und Linke aller Schattierungen Stimmung macht, hat er die Basis hinter sich. So wiederholte er seinen Vorwurf, für Flüchtlinge und ausländische Zuwanderer würde „unser Wohlstand verfrühstückt“. Er durfte sich breiter Zustimmung erfreuen.

In der Hansestadt hat der Innensenator Worten Taten folgen lassen. Abschaffung des Ausländerbeauftragten und Kürzungen bei den deutsch-ausländischen Begegnungsstätten heißen die Stichwörter. Doch gegen die Sparpolitik bei Zuwanderern und Schills Verbalattacken gegen Minderheiten regt sich Widerstand. „Schills Äußerungen schüren Ausländerhass und bedienen die niederen Instinkte“,

wetterte Uwe Grund. Der SPD-Fraktionschef in der Hamburger Bürgerschaft forderte Bürgermeister Ole von Beust (CDU) auf, die Stadt vor der „Hasskappenpolitik“ zu schützen. Dass die rechtspopulistische Rhetorik mitunter auf fruchtbaren Boden fällt, zeigt das Beispiel des Hamburger Rechtsanwalts und GAL-Abgeordneten Mahmut Erdem. Der Schill-Kritiker fand eine Eisenstange hinter seinem eingeschlagenen Bürofenster, erhielt Drohbriefe und -anrufe, nachdem er gegen Schill eine Anzeige wegen Volksverhetzung gestellt hat.

Davon war auf dem Parteitag natürlich nicht die Rede. Schill versuchte vor allem wortreich, den von der Basis geforderten Parforce-Ritt auf Berlin abzuschmettern: Das größte Hindernis, attackierte er seine Gegner im eigenen Lager, bildeten „Spalter, ehrgeizzerfressene Querulanten und Glücksritter“, die auf Kosten der Partei Karriere machen wollten. Die PRO müsse sich einem intensiven Reinigungsprozess unterziehen, bevor sie zu Bundestagswahlen antreten könne. Die Basis jedoch blieb hartnäckig, quittierte Schills Bremsversuche sogar mehrmals mit höhnischem Gelächter und Zwischenrufen wie „Heul doch!“. Die PRO dürfe nicht die Chance verpassen, zur drittstärksten politischen Kraft heranzuwachsen, warnten Mitglieder aus der zweiten Reihe. „Deutschland brennt lichterloh“, hieß es von den Hinterbänken. Die Partei müsse nicht nur der rot-grünen Regierung, die „nicht viel mehr als die Homo-Ehe“ zustande gebracht habe, sondern auch dem „weichgespülten Kanzlerkandidaten“ der CDU/CSU die Stirn bieten. „Frisch, dynamisch und ab in den Bundestag“, lautete die Parole der rebellischen Schillianer.

Nach der Abstimmungsniederlage zeigte der Bundesvorsitzende sich flexibel und mutierte abrupt zum entschlossenen Wahlkämpfer. Begleitet von stehenden Ovationen der rund 850 anwesenden Mitglieder verteilte er kräftige Hiebe an die konservativen Wahlkonkurrenten: „Stoiber startet an der Seite der FDP als Tiger und wird als Bettvorleger enden. Er hat sich weichspülen lassen“, tobte Schill und versäumte nicht, seine Partei als zuverlässigen Koalitionspartner der CDU/CSU anzupreisen. Schill reagierte auf die veränderte Stimmungslage in der Partei, wie man es von einem Populisten erwartet: Während er noch im Mai betont hatte, im Falle einer Teilnahme an der Bundestagswahl nicht als Spitzenkandidat zur Verfügung zu stehen, lenkte er nun ein: „Ihre Begeisterung zeigt, dass die Entscheidung anzutreten richtig ist. Ich nehme die Herausforderung an.“ *Volker Stahl*

Aktivitäten

Die Reihen schließen

Im Neonazi-Lager macht sich Unmut über die „Spalter“ breit. NPD-Führungsspitze reicht Günter Deckert die Hand.

Großspurig hatte Christian Worch angekündigt, er werde so lange monatlich mit seinen Anhängern nach Leipzig zurückkehren, bis er sein Ziel das Völkerschlachtdenkmal endlich erreiche. Die Schar jener, die ihm bei diesem Streit ums Prestige noch folgen, schmilzt sichtlich dahin. Waren es am 6. April noch knapp 1000 Neonazis, die über Stunden am Hauptbahnhof vergeblich auf den Abmarsch warteten und dann frustriert wieder zu den Zügen geleitet wurden, so ist die Zahl von 500 für den Anlauf am 8. Juni bereits großzügig geschätzt.

Worch muss es einfach nachdenklich stimmen, dass regionale Gruppierungen wie die Fränkische Aktionsfront, die sich noch im April bei ihm einreihen, im Juni mit der NPD marschierten. Die fränkischen Neonazis waren damals mit einer Palästina-Fahne und Plakaten „Solidarität mit Palästina“ angereist. Bei der NPD war im Juni in Leipzig ein riesiges Transparent „Solidarität mit Möllemann“ nicht zu übersehen. Offenbar wollte die NPD-Parteiführung klarstellen, dass sie sich im Antisemitismus von der Konkurrenz im eigenen Lager nicht übertreffen lässt. Parteivorsitzender Udo Voigt führte in seiner Ansprache vor den mehr als 1000 Gefolgsleuten aus: „Herr Möllemann wird lernen, dass er Bedingungen erfüllen muss, um auch weiterhin zum auserwählten Kreis etablierter Politiker in Deutschland zu gehören. Wer zur politischen Klasse der BRD-Gesellschaft gehören will, braucht dazu offensichtlich den Segen der Herren Spiegel und Friedman“. Juden, so stellte Voigt unter dem Beifall seiner Anhänger implizit fest, sind keine Deutschen: „Spiegel und Friedman sind die Lobbyisten der organisierten Juden in Deutschland. Wer sich wie sie ständig in die politische Diskussion einmischt und glaubt, uns Deutschen Zensuren erteilen zu müssen, der muss auch mit unserem Widerspruch rechnen“. Sollte Möllemann „Stehvermögen“ beweisen, so werde man ihn „bald in unseren Reihen der anständigen Deutschen begrüßen können“.

Mit keinem Wort ging Voigt auf die Konkurrenz um Christian Worch und den aus der NPD ausge-

schlossenen Steffen Hupka ein. Erfolgreich war im Lager der Neonazis immer wieder eingehämmert worden, dass es im Kampf um die inhaltliche Besetzung der Vergangenheit vor allem darum gehe, Einigkeit und damit Stärke zu demonstrieren. Wer gegen dieses Gebot der Geschlossenheit verstoße, erweise sich als Spalter und zeige, dass es ihm nicht um die Ehre der Wehrmachtssoldaten gehe, sondern um den eigenen Vorteil. Auch die von der NPD verbreiteten Zahlen dienten diesem Zweck. Mit der üblichen Übertreibung wurde die eigene Teilnehmerzahl mit knapp 3000 angegeben, die von Worch mit etwa 650. Es sollte unterstrichen werden, dass die NPD die „führende Kraft im nationalen Lager“ sei, die „Spalter“ um Worch dagegen eine verschwindende Minderheit stellten.

Tatsächlich erbot es auch etliche Neonazis, die sich keineswegs als Parteigänger der NPD sehen, dass Teile der Freien Nationalisten versuchten, die Proteste gegen die Ausstellung Vernichtungskrieg fraktionell zu nutzen. Die negativen Folgen für diese Neonazi-Kader wurden schon nach der Demonstration in Bielefeld deutlich. Erbst schimpft jemand, der sich nicht zum „ausgesprochenen NPD-Befürwortungsflügel“ zählt, auf der Mailingliste von „Der Weiße Wolf“ über Steffen Hupka, dessen Putschpläne gegen Voigt beim Bundesparteitag kläglich gescheitert waren. Dieser „Querulant“ habe seine Redezeit ausschließlich dazu genutzt, „um innerpolitisch schmutzige Wäsche zu waschen“.

■ „Werkzeug des Systems“ ■

So deutet manches darauf hin, dass es der NPD langsam gelingt, wieder aus dem Tief und dem grundlegenden Misstrauen zu entinnen, das eine Folge des Skandals um die enttarnten Spitzel in Führungspositionen der Partei war. Hupka dürfte sich selbst und den Freien Nationalisten nur schaden, wenn er in einem Beitrag vom 12. Juni den Aufmarsch der NPD als „Systemdemo“ beschimpft und in einem Atemzug mit der Gegendemonstration des Courage-Bündnisses nennt. Die NPD-Mitglieder und Sympathisanten, so seine Tirade, seien „politisch nicht mehr zu retten“.

Auch nach der Auflösung seiner Revolutionären Plattform versucht Hupka, nunmehr von außen, der NPD-Führung Anhänger zu entfremden. Etliche seiner Kritikpunkte sind durchaus zutreffend, allerdings typisch für jede Führerpartei. So bemängelt Hupka, ein „bundesweites Schulungswesen“

fehle bei der NPD vollständig: „Polit. Verständnis, selbstständiges Denken und Handeln sind offenbar unerwünscht“. Letztlich schwebt ihm eine Kaderpartei vor, die sich gänzlich der Teilnahme an „sinnlosen Wahlkämpfen“ entzieht. Die NPD sei „Werkzeug des Systems“. Sein Verriss steigert sich zum apodiktischen Urteil: „Die NPD erfüllt de facto ... die Rolle des Spalters des Nationalen Widerstandes. Wer Spalter unterstützt, spaltet selber.“

In der Neonaziszene mit ihrer grundlegenden Sehnsucht nach Einheit und Einheitlichkeit wirkt der Vorwurf des Spaltertums besonders schwer. Allein: Die Führungsgruppe der NPD um Voigt hat vorgebeugt, um genau diesen Vorwurf des Spaltertums abwehren zu können. Noch beim Bundesparteitag im März war der frühere Parteivorsitzende Günter Deckert vergeblich gegen Voigt angetreten. Zeitweilig hatte er sich sogar mit der Revolutionären Plattform und anderen oppositionellen Fraktionen verbündet, um den gegenwärtigen Vorstand zu entmachten. Nunmehr ist eine Kehrtwende erfolgt, die es Deckert einerseits ermöglicht, aus seiner innerparteilichen Isolation auszubrechen, und andererseits Voigts Gruppe in die Lage versetzt, Kompromiss- und Versöhnungsbereitschaft zu demonstrieren. Die Botschaft einer „Gemeinsamen Erklärung“ vom 22. Mai lautet: Schaut her, wir reichen auch bisherigen Gegnern die Hand um der Einheit des nationalen Lagers willen.

Man wolle auf die „Durchsetzung bestimmter Eigeninteressen zugunsten der gemeinsamen deutschen Sache verzichten“. Unter die Vergangenheit solle ein Schlussstrich gezogen werden. Innerparteilich müsse das „selbstschädigende Gegeneinander“ beendet werden. Die zuvor erhobenen schwerwiegenden Vorwürfe der NPD-Führung gegen Deckert wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten während seiner Amtszeit mutieren plötzlich zu „Eigenmächtigkeiten und unklaren Vorgängen“. Unterstrichen wird, die Inhaftierung Deckerts mache diesen zum Opfer einer „schlimmen politischen Gesinnungsjustiz“.

Es findet also eine Frontbegradigung statt im Neonazi-Lager. Eine, die wieder einmal Deckert auch persönlich nützen könnte. Ende 2001 hatte er einen leerstehenden Gasthof im sächsischen Gränitz erworben. Die neue Einheit könnte dazu führen, dass daraus ein zentrales NPD-Objekt wird. Vorerst jedoch sind das Zukunftsträume. Soeben wurde ein Baustopp verfügt. Deckert ist in der Warteschleife politisch und finanziell. *Volkmar Wölk*

Aktivitäten

Das „Thor“ ist auf

Ein neuer Neonazi-Treffpunkt in Dresden

„Der Kampf geht weiter“ stand auf der Kranzschleife der NPD, als diese gemeinsam mit der örtlichen CDU und deren Bundestagskandidaten in Görlitz an den 17. Juni 1953 erinnerte. „Der Kampf geht weiter“ stand auf der Kranzschleife der NPD-Dresden, als diese, ungestört von den anwesenden Parteien und Honoratioren, in der Landeshauptstadt mit mehreren Vertretern ebenfalls am diesjährigen offiziellen Gedenken teilnahm. Dabei auch Sven Hagendorf, der bei den meisten rechten Aufzügen der letzten Jahre in Sachsen als Anti-Antifa-Rechercheur tätig war. Und Ronny Thomas, der ehemalige Dresdner NPD-Chef, der nach einem Überfall auf Camper („Rache für den 1. Mai“ in Leipzig) 1998 zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde. Damit durfte er kein Mitglied der NPD mehr sein, da die Partei um ihre Reputation anlässlich der Bundestagswahlen besorgt war. Inzwischen ist Thomas wieder fest integriert, ob IWG- oder JLO-Aufmärsche, ob gegen die Wehrmachtsausstellung mit der NPD oder mit Christian Worchs freien Kameraden monatlich in Leipzig, da auch schon mal für die Mülltüten zuständig. Die Planungen der Revolutionären Plattform in der NPD hatten ihn bereits für einen Vorstandssitz am Tag nach der innerparteilichen Machtübernahme vorgesehen.

Zwischenzeitlich übernehmen Hagendorf und Thomas auch mal den Ausschank und organisieren den Ablauf in der am letzten Mai-Wochenende im Dresdner Stadtteil Übigau wieder eröffneten Kneipe „Thor“. Nach mehrjährigem Leerstand wurde die ehemalige Rocker-Kneipe mit dem Untertitel „Heilige Lieder“ versehen. Zur Eröffnung, erzählen Anwesende, seien knapp 250 Neonazis vor Ort gewesen, so aus verschiedenen Teilen Sachsens, aber auch aus Bayern, Berlin und Niedersachsen. Seitdem läuft allabendlich mehr oder weniger normaler Kneipenbetrieb in dem zumindest außen frisch vorgerichteten Haus.

Nach der Pleite des Ablegers „Café Germania“ ist dies jetzt ein neuer Versuch, einen Treffpunkt für national gesinnte Jugendliche in Dresden zu errichten. Ob das mit diesem Personal und ohne mittelfristige finanzielle Deckung länger als ein Jahr gut geht, ist eine berechtigte Frage. *Lukas Kilian*

Aktivitäten

Unter Beobachtung

Die „Junge Freiheit“ hat eine weitere Protestkampagne gegen das nordrhein-westfälische Innenministerium gestartet.

Die Vorwürfe sind altbekannt: Dass der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen die „Junge Freiheit“ (JF) beobachtet, sei „eine Verletzung demokratischer Grundrechte“, eine „politisch unbequeme Wochenzeitung“ werde massiv unter Druck gesetzt, politisch und wirtschaftlich diskriminiert. So heißt es im „Appell für die Pressefreiheit“, den das Blatt in seinen jüngsten Ausgaben veröffentlicht hat sowie Anfang Juni als ganzseitige Anzeige in der FAZ und halbseitig in der „Süddeutschen“. Mehr als 2500 Personen haben den Aufruf inzwischen unterzeichnet, darunter ständige Mitarbeiter der Zeitung wie Heinrich Lummer und Hans-Helmuth Knütter, Verleger Herbert Fleissner, der frühere „Report“-Moderator und JF-Autor Franz Alt, junge Neurechte wie Claus M. Wolfschlag und Alt-Rechtsextremisten wie Helmut Schröcke.

Damit hat der Aufruf eine beachtliche Resonanz gefunden, gemessen an einer Auflage der Zeitung, die der Verfassungsschutz NRW auf etwa 10 000 schätzt. Seit April fordert die JF ihre Leser auf, den Appell zu unterschreiben und sich direkt an NRW-Ministerpräsident Wolfgang Clement zu wenden. Der Bitte des JF-Chefredakteurs Dieter Stein, dies „entschieden, aber sachlich zu tun“, kamen die meisten Protestschreiber nach. Gelegentlich sind die Briefe mit Diffamierungen gespickt: wie der einer Leserin, die in Zeitungen wie der JF erfahre, „was ‚Sache‘ ist“, vor der „totalen Türken-Überschwemmung“ warnt und mit wüsten Beleidigungen der homosexuellen Politiker Volker Beck und Klaus Wowereit schließt. Bei der ersten Protestwelle, die das Blatt im Juli 2000 gestartet hatte, erreichten die Düsseldorfer Behörde lediglich 470 Postkarten, darunter eine mit dem Bild des NRW-Innenministers Fritz Behrens, auf das der anonyme Absender eine Zielscheibe gezeichnet hatte.

Die JF macht mit dem Aufruf auch auf ihre Verfassungsbeschwerde aufmerksam, die sie in Karlsruhe eingereicht hat, um die amtliche Beobachtung zu stoppen. Mit den juristischen Fakten geht die Zeitung großzügig um. So behauptet sie, seit 1996 ein Verwaltungsstreitverfahren gegen das Land

Nordrhein-Westfalen zu führen. Tatsächlich aber ist die JF vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf und dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster auf ganzer Linie gescheitert. Beide Gerichte bestätigten die Sicht des Verfassungsschutzes, sie biete Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen, die Beobachtung sei somit nicht zu beanstanden. Das OVG lehnte den Antrag der JF, die Berufung zuzulassen, im Mai 2001 ab. Seinerzeit sprach der JF-Chefredakteur vom „Skandal-Urteil von Münster“, die Belege der Verfassungsschützer hält er nach wie vor für „lächerlich“. Die hatten vor Gericht mit dem kontinuierlichen Bezug der JF auf antidemokratische Denker der Konservativen Revolution argumentiert und sich auf Zitate gestützt, die beispielsweise gegen Menschenrechte und Völkerverständigung gerichtet seien.

Die „Junge Freiheit“ hat jetzt bekannt gegeben, dass der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl die Zeitung in Karlsruhe vertreten soll, der in jüngster Zeit zum Werbeträger des Blattes avanciert ist. So nutzte die JF von Stahls Konterfei und das Zitat „Ich lese gern eine unabhängige Zeitung“ für ihre „Kampagne Abo 2002“. Neben der Werbung im eigenen Blatt schaltete sie eine großflächige Anzeige in der Mai-Ausgabe des traditionsreichen rechtsextremistischen Ideologieorgans „Nation&Europa“, das seinerseits in der JF inserierte. Im Februar 2001 hatte von Stahl eine Kampagne initiiert, die gegen die Kündigung von JF-Konten durch die Postbank protestierte. Damals beteiligten sich rund 1350 Unterzeichner.

Mit der jüngsten Protestwelle möchte die JF offenbar ihre Leser enger an das Blatt binden. Indem sie sich einmal mehr zur Zeitung erklärt, die „auf dem Boden des Grundgesetzes“ stehe, versucht sie, sich für Anzeigenkunden und Abonnenten attraktiv zu machen, vermutlich aber auch im Vorfeld eines Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht ihr Image aufzubessern. Die Leser sollen als Multiplikatoren dienen: Daher hat die JF ein „Argumentationspapier“ mit angeblichen Grundrechtsverstößen des NRW-Verfassungsschutzes verschickt sowie das betreffende Kapitel aus dem aktuellen Bericht mit redaktionellen Kommentaren. In dieser „Dokumentation“ nimmt der Protest gar verschwörungstheoretische Züge an: Den Hinweis des Verfassungsschutzes auf einen JF-Leserkreis in Düsseldorf versieht sie mit dem handschriftlichen Hinweis „wahrscheinlich von NRW inszeniert!“ Ob Karlsruhe die Beschwerde der JF allerdings zur Entscheidung annimmt, ist offen. *Thomas Pfeiffer*

Hintergrund**Beifall von Rechts**

Sachsen-Anhalts neue Regierung will dem engagierten Verein „Miteinander“ den Geldhahn zudrehen.

Die anonymen Autoren einer Internet-Zeitung geben sich gar keine Mühe, ihren Triumph zu verbergen. „Schluss mit lustig. Neue Regierung räumt mit roten Propagandaelementen auf“, so lautet die Überschrift eines Berichtes über das mutmaßlich bevorstehende Ende des Vereins „Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt“. Tatsächlich wird im Koalitionsvertrag der neuen CDU/FDP-Landesregierung der Stab über einen Verein gebrochen, dessen Wirken weit über die Grenzen Sachsen-Anhalts hinaus Respekt und Anerkennung findet. „Die Koalitionspartner werden“, so heißt es in der Abmachung, „die einseitige Förderung politisch motivierter Vereine (zum Beispiel Miteinander e.V.) seitens der Vorgängerregierung einstellen und die freiwerdenden Mittel für plurale Angebote in der Jugendarbeit umschichten.“ Beifall seitens der rechtsextremen Szene. „Dieser Verein organisierte in der Vergangenheit nicht nur Aktionen gegen Nationalisten“, heißt es in besagter Internet-Zeitung, „sondern widmete sich auch zersetzender Bildungsarbeit in Kindergärten, wo man Neger aus Togo den Kindern Märchen über die Vorteile der Multikultur erzählen ließ.“ Dank der Unterstützung durch die bei der Landtagswahl im April gescheiterte SPD-Regierung von Reinhard Höppner habe der Verein mehr als 500 ähnliche Projekte ins Leben rufen können, „denen im Prinzip jedoch nur eins gemein war, nämlich der Kampf gegen Rechts“.

In dieser Hinsicht sind sich die Rechtsextremisten mit den schwarz-gelben Koalitionären einig. „Der Verein hat eine eindeutig einseitige politische Zielsetzung“, meint etwa der CDU-Abgeordnete André Schröder. „Zudem ist er in den vergangenen drei Jahren im Vergleich zu anderen Vereinen mit unverhältnismäßig hohen Finanzmitteln durch die alte Landesregierung gefördert worden.“

„Tatsächlich hat „Miteinander“ mit dem Landeszuschuss von einer Million Euro jährlich zahlreiche Projekte im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt organisiert. Dazu zählen unter anderem eine flächendeckende Be-

treuung von Opfern rechtsextremer Gewalt oder Anti-Gewalt-Trainings und Aufklärungsprojekte an Schulen und sogar bereits an Kindergärten. Neun Wochen lang etwa waren die beiden Togolesen Djibril Agbandjala und Assion Lawson einmal wöchentlich zu Gast in einem Kindergarten in Gardelegen nordwestlich von Magdeburg. Sie erzählten den Kindern afrikanische Märchen, brachten ihnen Lieder und Tänze aus ihrer Heimat bei und bereiteten gemeinsam mit ihnen kulinarische Spezialitäten Afrikas zu. Spielerisch erfuhren die Kinder so, dass es andere Kulturen und Lebensweisen auf der Welt gibt als die eigene und dass diese durchaus ebenso interessant sind. „Dieses Projekt hatte mehrere Zielsetzungen“, sagt Agbandjala. „Zum einen haben wir den Kindern geholfen, ihre natürliche Angst vor Fremden ein Stück weit abzulegen, zum anderen sind sie auch Multiplikatoren, indem sie zu Hause von ihren Erlebnissen mit uns erzählen“. Agbandjala, der vor einigen Jahren als Asylbewerber nach Deutschland kam, ist inzwischen bei „Miteinander“ fest angestellt und betreut beim Verein Opfer rechtsextremer Gewalt.

■ **„Vieles an Aufklärung und Denkanstößen bewirkt“** ■

Ein wesentliches Tätigkeitsfeld des Vereins und seiner Mitarbeiter sind Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer, Sozialarbeiter und andere Mitarbeiter der Jugendarbeit. „Es ist erschreckend, wie wenig viele Lehrer oder Mitarbeiter von Jugendeinrichtungen über das Wesen und die Eigenart von Jugendkulturen wissen“, sagt der studierte Theologe und Sozialwissenschaftler. „Da muss man bei Adam und Eva, Kain und Abel anfangen, bevor man dann irgendwann erklären kann, was bei den Schülern und Jugendlichen tatsächlich bereits ausgeprägter oder zumindest latenter Rechtsextremismus ist und was bloß jugendliche Oppositionshaltung und Provokation der Erwachsenenwelt.“ Eine Aufklärungsarbeit, die künftig ebenso entfallen könnte wie die Opferberatung Djibril Agbandjalias. Denn wie alle anderen 22 fest angestellten Mitarbeiter sehen auch Begrich und Agbandjala ihrer Kündigung entgegen, falls die Pläne der Landesregierung tatsächlich so umgesetzt werden wie vorgesehen.

Das werde sicher nicht so heiß gegessen, wie es sich anhöre, versichert Sozialminister Gerry Kley (FDP). Nirgendwo stehe, dass „Miteinander“ überhaupt kein Geld mehr bekommen solle. Eingestellt werde aber die institutionelle Förderung, also die

pauschale Förderung des Vereins. Auch „Miteinander“ solle künftig alljährlich erneut projektgebundene Finanzmittel beantragen, was dem Verein allerdings schwer fällt. Denn viele Projekte funktionieren nur über eine mehrjährige Planungssicherheit, bei anderen Projekten ist der Verein auf freie Mittel angewiesen, um zusätzliche Finanzen vom Bund oder von der Europäischen Union mobilisieren zu können. Kley versichert, dass er den Geldhahn nicht vollends zudrehen wolle. Die FDP könne mit dem Verein um einiges unbefangener umgehen als die CDU, weil sie bei der Gründung nicht im Parlament vertreten war, glaubt der Vorsitzende von „Miteinander“, Hans-Jochen Tschiche. „Die CDU jedenfalls hat sich schon vor der Gründung von Miteinander 1998 darauf festgelegt, den Verein nicht gut zu finden.“ Von Seiten der alten Landesregierung sowie der Landtagsfraktionen von SPD und PDS dagegen wurde der Verein in der vergangenen Legislaturperiode rückhaltlos unterstützt. Und auch Bundestagspräsident Wolfgang Thierse lobte die Arbeit des Vereins mehrfach ausdrücklich.

■ Aversion der CDU von Beginn an ■

Ist „Miteinander“ wirklich eine politisch einseitig ausgerichtete Vereinigung? Immerhin ist die Evangelische Landeskirche der Kirchenprovinz Sachsen Mitglied des Vereins, das Katholische Bistum Magdeburg hat einen Vertreter im Beirat des Vereins. In diesem Beirat sitzen zudem der CDU-Landrat von Wernigerode und Präsident des Landkreistages von Sachsen-Anhalt, Michael Ermrich, sowie der Präsident der Industrie- und Handelskammer Magdeburg, Klaus Hieckmann. Und zu den Gründungsmitgliedern gehört der CDU-Bürgermeister von Salzwedel, Siegfried Schneider. „Die Gründung dieses Vereins und meine Mitarbeit dort war und ist mir ein ganz persönliches Anliegen, weil sich nicht nur im Umfeld der DVU und der NPD in der Altmark und in ganz Sachsen-Anhalt eine stabile rechtsextremistische Szene etabliert hat“, sagt Schneider, „sondern vor allem, weil rechtsextremes, rassistisches und nationalistisches Gedankengut inzwischen bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein wirkt.“ Die Tätigkeit des Vereins sei eine wesentliche Möglichkeit, derartigen Tendenzen entgegenzuwirken und habe vieles an Aufklärung und an Denkanstößen bewirkt.

Die Gründung von „Miteinander“ war die Reaktion auf ein Ereignis, das das Land Sachsen-Anhalt auch international schlagartig ins Licht der Öff-

fentlichkeit, vor allem aber in eine rechtsextreme Ecke gerückt hatte. Bei der Landtagswahl im Jahr 1998 hatte die rechtsextreme DVU nach einer beispiellosen Materialschlacht in einem weitgehend anonymen Wahlkampf, der von ausländerfeindlichen und nationalistischen Parolen geprägt war, 12,9 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können und war mit 16 Abgeordneten ins Magdeburger Parlament eingezogen. Aufklärungsarbeit gegen rechte Rattenfänger zu leisten, war der Verein nach diesem Wahldesaster angetreten, das in der überregionalen und internationalen Öffentlichkeit umso schlimmer wirkte, als das Land Sachsen-Anhalt bereits seit 1990 immer wieder durch rechtsextreme Gewalttaten gegen Ausländer und Andersdenkende für Negativschlagzeilen gesorgt hatte. Mindestens drei Todesopfer rechtsextremer Gewalt sind seit 1990 in Sachsen-Anhalt zu beklagen.

Nicht nur im rechtsextremen Spektrum prägt der Vereinsvorsitzende Tschiche Feindbilder. Er war in der DDR zunächst Pfarrer, später Leiter der Evangelischen Akademie Magdeburg, nahm nie ein Blatt vor den Mund, war Dissident und Bürgerrechtler. „Ich fürchte, die Abneigung der CDU gegen den Verein fußt auf einer Abneigung gegen meine Person“, sagt er. Tschiche, der nach der Wende zunächst in der Volkskammer und von 1990 bis 1998 für Bündnis 90/Die Grünen im Landtag saß, war 1994 eine der treibenden Kräfte für die Bildung einer rotgrünen Minderheitskoalition im Magdeburger Landtag. „Es ist doch klar, dass mich eine CDU, die bei der 94er Wahl wieder stärkste Fraktion wurde, aber nicht zuletzt meiner Aktivitäten wegen dennoch auf die Oppositionsbank musste, nicht sonderlich gut leiden kann“, sagt er.

Die Aversion der Christdemokraten könnte noch einen weiter zurückliegenden Ursprung haben. Einer der Gegner Tschiches während seiner Zeit an der Evangelischen Akademie war schon damals ein gewisser Jürgen Scharf. Der ist seit 1976 CDU-Mitglied und war Abgeordneter der Stadtbezirksversammlung Magdeburg Südost zwischen 1978 und 1983. Zudem gehörte Scharf zum Beirat der Evangelischen Akademie. „Und damals schon“ erinnert sich Tschiche, „hat er mir vorgeworfen, dass die Veranstaltungen der Evangelischen Akademie politisch sehr einseitig seien und dass normale Christen, die in der DDR leben wollten, da nicht hingehen können, da sie damit sich selbst und ihr persönliches Umfeld gefährden würden“. Scharf ist heute Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Eberhard Löblich

Grauzone**Taube Ohren**

Rechtsextremer Verlag publiziert Buch über Schill – Autor ist CDU-Mitglied.

Ein CDU-Mitglied hat das erste Buch über den populistischen Hamburger Innensenator Ronald B. Schill geschrieben. Weil der Autor „keinen anderen Verlag gefunden hat“, ist das Werk im rechts-extremen Manfred Rouhs Verlag erschienen. Die hanseatische CDU reagiert auf den pikanten Vorgang mit Gleichgültigkeit.

Holger Stürenburg ist ein Hans-Dampf in rechten Gassen: Auf seinem publizistischen Weg hat der Endzwanziger bereits Duftmarken in den verfassungsschutzbekannten rechten Organen „Junge Freiheit“, „Europa vorn“ und „Nation&Europa“ gesetzt. Er schreibt bevorzugt über „Bands und Künstler, Politiker und Zeitzeugen, Ereignisse und Gegebenheiten aus der 'Kühlen Dekade'“, womit er die 80er Jahre meint. Musik und Politik haben es Stürenburg angetan. Als politische Vorbilder nennt er in einer Selbstdarstellung auf der Homepage www.konservativ.de so unterschiedliche Charaktere wie Franz Josef Strauß, Otto Graf Lambsdorff, Helmut Schmid, Ronald Reagan und den Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU).

Stürenburg vermeidet es aber konsequent, einen Trennstrich zwischen „konservativ“ und „rechtsextremistisch“ zu ziehen. So rezensiert der studentische Nachwuchsautor in einschlägigen Magazinen auch schon mal wohlwollend Bücher eines Franz Schönhuber über den französischen Rechts-extremisten Le Pen („Der Rebell“). Stürenburg lobhudelt das „hohe Detail- und Hintergrundwissen“ des ehemaligen Republikaner-Chefs und Waffen-SS-Mitglieds aus Überzeugung („Ich war dabei“). Schönhuber gefiel der Text so gut, dass er ihn auf seine Homepage stellte.

Starke Männer wirken offensichtlich anziehend auf den „Wertkonservativen mit anarchistischem Einschlag“ (Stürenburg über Stürenburg). Zu der Kategorie der kernigen Macher gehört wohl auch der ehemalige „Richter Gnadenlos“ Ronald Schill. Erst trat der Jungautor dessen Partei in Hamburg bei, dann aber wieder aus. Jetzt hat er das erste Buch über den amtierenden Innensenator der Hansestadt vorgelegt. Die 255 Seiten wären der Rede nicht

wert, wenn sie nicht in dem Verlag des Kölner Manfred Rouhs erschienen wären, den der Verfassungsschutz seit Jahren in der Rubrik „rechtsextremistische Bestrebungen“ führt. Auch der Umstand, dass der Name Stürenburg seit Oktober 2001 in der Mitgliedskartei der Hamburger CDU geführt wird, ist mehr als eine pikante Randnotiz.

Die am feinen Leinpfad residierenden Hamburger Christdemokraten sehen das aber offensichtlich anders. „Der Fall hat in der Partei keine größeren Wellen geschlagen“, beschwichtigt der Sprecher des Landesvorsitzenden Dirk Fischer. Der dezente Hinweis, dass ein CDU-Mitglied in einem Rechtsaußen-Verlag (Rouhs) und einem Magazin wie „Nation&Europa“ publiziert, das der Verfassungsschutz als „bedeutendstes rechtsextremistisches Strategie- und Theorieorgan“ einstuft, stößt auf taube Ohren. „Sein Verlag ist ins Zwielficht geraten, nicht Stürenburg selbst“, befindet Pressesprecher Michael Ohm. „Deshalb sehen wir keinen Handlungsbedarf, solange er nicht selbst verfassungsschutzrechtlich auffällt.“ Dabei dürfte den Schlapphüten wohl kaum entgangen sein, dass das rechtsextreme Sammlungsbecken Deutsche Aufbau-Organisation um den Aktivisten Carsten Stock (Ex-REP) das Buchprojekt „über Monate mit Rat und Tat begleitet“ hat – wie auf der Homepage der Zeitschrift „Signal“ – ebenfalls ein Produkt aus dem Hause Rouhs – vermeldet wird. „Die Publikation liefert als Theorieorgan der Neuen Rechten einen Beitrag zur ideologischen Diskussion im rechtsextremistischen Lager“, lautet das Urteil des Verfassungsschutzes über das vierteljährlich erscheinende Periodikum (Auflage: 5000).

Und was sagt Stürenburg selbst über die Wahl des dubiosen Verlages? Treuherzig behauptete er in der Hamburger Boulevardzeitung „Morgenpost“: „Das ist ein Problem, und ich bin nicht begeistert darüber. Aber kein anderer Verlag wollte das Buch.“ Kein Wunder, denn passagenweise liest sich das Werk wie ein zu lang geratener Schüleraufsatz. In den mitunter unerträglichen Schwafeleien heißt es: „Zudem missfielen mir zunehmend gewisse Verhaltensweisen Ronald B. Schills, den ich noch ein Jahr zuvor verehrt hatte.“ Über die Gerüchte, die Schills Ruf als Partylöwen und Frauenbetörer untermauern sollen, plaudert Stürenburg im Stil einer Klatschtante vom Boulevard: „Auch mir gegenüber hat sich der Richter in einer Form geäußert, die durchaus vermuten lässt, dass er kein Kind von Traurigkeit ist ...“. Aussagen solcher Güte findet der Leser serienweise. *Volker Stahl*

Aus der Szene**Webseiten-Verkauf****Neonazi Lauck macht gute Geschäfte**

Die NSDAP/AO-Homepage dient vor allem als Plattform von Gary Laucks neonazistischem Devotionalien- und Versandhandel – daher auch die „Preisliste“ als erster möglicher Link der Seite. Verstärkt tritt Lauck aber als Registrant neonazistischer Internetdomains auf. Auf der NSDAP/AO-Homepage, beworben als „deutsche Webseiten in den sicheren USA“, verlangt Lauck für die Registrierung einer Domain in den USA stolze 300 Dollar pro Jahr (inklusive Webspace bei Earthlink, einem der größten amerikanischen Provider). Registriert wird meist Laucks Firma RJG Engeneering – Eigentümer der Domain wird somit Gary Lauck, der sich diese Übernahme auch noch teuer bezahlen lässt.

Zu den deutschen Webseiten, die sich diesen fraglichen Luxus leisten, zählt die Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG), deren seit Monaten disfunktionale Webseite auch über Lauck registriert wurde. Domainkunden von Lauck sind der selbsternannte Widerstand West, der eine Portalseite und ein virtuelles „Widerstandsbüro“ betreibt, sowie das „NIT Rheinland“ – beide verfügen über eine gemeinsame Linkliste und zahlreiche weitere Gemeinsamkeiten. Es finden sich auch Seiten wie „Doppelblitz“ oder „Neogermania“. So startet die als „politisch nonkonform, informativ, unabhängig“ bezeichnete Seite „Doppelblitz“ (Synonym für die doppelte Sig-Rune <SS>) unter anderem mit Schriftzug mit NS-Reichskriegsflagge und Verweisen zu diversen neonazistischen Toplisten, die zusammen mit den Links auf mehrere hundert neonazistische Seiten verweisen. Im Download-Angebot sind unter anderem braune „Spiele“ wie „KZ-Manager“, „Niggerhunt“ und „Shoot the Blacks“ sowie der Nazifilm „Der ewige Jude“. „Neogermania“ verfügt über drei Domainnamen, zwei davon registriert über Lauck. Berüchtigt ist die Seite für ihre Anti-Antifa-Liste der „Feinde des Reiches“, auf der neben vielen anderen auch der „blick nach rechts“ steht. Mit einem neuen Online-„Spiel“ übertreffen die Macher selbst die Menschenverachtung anderer Neonazi-Seiten – so kann man hier online in einem „Suicide Bombing Game“ als virtueller palästinensischer Selbstmordattentäter Männer, Frauen und Kinder zerfetzen und verstümmeln.

Rudolf Kleinschmidt

Am Rande**Die „Böhsen Onkelz“****Rechter Wahlkämpfer brutal misshandelt**

„Wir sind hässlich, brutal und gewaltig, wir schrecken vor nichts zurück!“, heißt es in einem Song der umstrittenen Rockgruppe „Böhse Onkelz“ aus den 80er Jahren. Doch die Aussage ist offenbar noch heute aktuell. Die Staatsanwaltschaft Mannheim ermittelt gegen den Sänger der Band, weil er vor einem Konzert Ende Mai einen Minderjährigen brutal misshandelt haben soll.

Wo die „Böhsen Onkelz“ auftreten, tummeln sich auch heute noch gerne Skinheads und die, die es werden wollen. Die Band hat sich zwar schon vor 15 Jahren aus der Nazi-Szene verabschiedet, ist aber noch immer für viele Jugendliche eine Art Einstiegsdroge auf Weg nach rechts außen. Die NPD witterte deshalb unter den Besuchern des Mannheimer Konzerts Potenzial und schickte eine kleine Gruppe junger Anhänger los, um vor der Markthalle Unterschriften für die Bundestagswahl zu sammeln. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft soll dabei ein 17-jähriger NPD-Aktivist von vier Security-Leuten erwischt und in den Backstage-Bereich gebracht worden sein. Dort, so schilderte er später der Polizei, hätten die Gruppe und andere Personen auf den Auftritt gewartet. Nach dem Onkelz-Sänger Kevin Russell von der Wahlkampfaktion erfahren habe, sei er zunächst mit einem Gummiknüppel auf den 17-jährigen Skinhead losgegangen. Anschließend habe sich der rechte Wahlkämpfer vor den Leuten ausziehen müssen. Der 38-jährige Russell habe ihn dann an Hinterkopf und Rücken mit Silberfarbe eingesprüht. Nach dem Martyrium habe er schließlich seine Unterschriftenliste aufessen müssen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen den Sänger wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung.

Was genau abgelaufen ist, müssen die Ermittlungen klären. Ein Hinweis findet sich auf der Homepage der „Onkelz“. Im Internet-Tourtagebuch heißt es, ein „junger Nazi“ sei beim Unterschriftensammeln für die NPD erwischt worden. Er habe „es später sehr bereut, dass er überhaupt in die Nähe der Halle gekommen ist.“ Weiter heißt es auf der Seite: „Armes Schwein – der kommt nie wieder zu einem Onkelz-Konzert. Hart aber gerecht, mehr gibt es dazu nicht zu sagen.“ *Benny Bender*

Zwischenruf**Säumige Demokratie**

Vier Mal in den letzten zwei Monaten mussten Frankreichs Wählerinnen und Wähler zu den Urnen. Frankreich hat inzwischen einen neuen Staatspräsidenten: Chirac, der der alte ist; einen neuen Premierminister, Raffarin, der der alte ist und der ohne Cohabitation mit einer eigenen Mehrheit regieren kann, die doppelt so breit ist wie die sozialistische Opposition. Das Wunder der Wahl: Le Pens Nationale Front, die bei der Präsidentschaftswahl um fünf Millionen Protestwähler hinter sich scharen konnte, ist in der Nationalversammlung nicht vertreten, in der letzten konnte sie immerhin noch einen einzigen Abgeordneten über die Hürde des Mehrheitswahlrechts heben. Insoweit hat das Wahlergebnis, was die extreme Rechte anlangt, nicht überrascht. Überrascht hatte eher das Ergebnis des ersten Wahlgangs am 9. Juni: mit mehr als 11 Prozent brachte Jean Marie Le Pen seine Kandidaten in 37 der 577 Stimmkreise in die Stichwahl mit den beiden großen Gruppierungen, bei der Nationalratswahl im Mai und Juni 1997 waren es noch 133. Le Pens Tochter Marine über rundete mit 24,24 Prozent im Wahlkreis Lens (Pas-de-Calais) sogar deutlich ihren Vater. Bruno Mégrets abgespaltener Mouvement National Républicain verfehlte überall die Stichwahl.

Die Welt müsste für Frankreich eigentlich wieder in Ordnung sein. Nach dem Schock der Präsidentschaftswahl am 21. April, als Le Pen mit 16,8 Prozent den Kandidaten der Linken aus dem Feld geschlagen hatte. Erschreckt hatte die miserable Wahlbeteiligung. Im zweiten Wahlgang am 5. Mai war dies eindrucksvoll korrigiert worden, Chirac lag deutlich vorn. Was Frankreich bekümmert, ist die geringe Wahlbeteiligung. „Ist der Elan vom 5. Mai verloren gegangen?“, fragte „Le Monde“, denn 36 Prozent der Franzosen waren im ersten Wahlgang zur Nationalversammlung den Urnen fern geblieben, im zweiten sogar 39 Prozent. Das passt nicht zu den republikanischen Traditionen des Landes. Zwar hatte es tief beeindruckt, wie der Versuch der extremen Rechten verhindert wurde, bei der Präsidentschaftswahl aus der Unzufriedenheit der Franzosen politisches Kapital zu schlagen. Die Demokratie hat sich also durchaus bewährt, aber sie ist eben keine auf schlechtes Wetter beschränkte Aktion, sondern sie muss sich im Alltag bewähren. Das gilt für Deutschland nicht minder. *K.H.R.*

Ausland**Desaster für Le Pen****Rechtsextreme bei Wahl abgeschlagen**

Bei der französischen Parlamentswahl am 9. und 16. Juni fiel die extreme Rechte hinter ihre Resultate bei der Präsidentschaftswahl zurück. Ihre Kandidaten erhielten zusammen im ersten Wahlgang 12,5 Prozent (11,2% für den FN, 1,1% für den MNR, 0,2% für Einzelkandidaturen).

Die extreme Rechte war nur in 37 Wahlkreisen in der Stichwahl präsent. Der MNR war nirgendwo im zweiten Wahlgang vertreten. Sein Chef Bruno Mégret scheiterte im Wahlkreis Vitrolles/Marignane, dessen beide Städte durch rechtsextreme Bürgermeister regiert werde. Er erhielt 18,58 Prozent, wobei ihm ein FN-Kandidat – der platziert worden war, um ihn zu behindern – weitere 13,25 Prozent wegschnappte. Überall sonst schnitten die MNR-Kandidaten deutlich schlechter ab. Die Zukunft der Mégret-Partei dürfte nunmehr gefährdet sein.

Seitens des FN wurden zuletzt einige Hoffnungen auf den Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard, gesetzt. Doch dieser unterlag (mit 42,4 Prozent) gegenüber dem konservativen Rechtsaußen Thierry Mariani. Ein Teil der rechtsextremen Presse hatte übrigens Mariani unterstützt, der wegen seiner Positionen zu Law-and-order seit längerem durch die Wochenzeitung „Minute“ geschätzt wird. Einige der jungen Hoffnungen des FN erhielten im nordfranzösischen früheren Kohlerevier Pas-de-Calais beachtliche Ergebnisse, darunter die jüngste Tochter des FN-Chefs, die Spekulationen zufolge ihren Vater 2004 ablösen könnte. Die Anwältin Marine Le Pen erhielt in Lens 24,2 Prozent im ersten und 32,3 im zweiten Wahlgang. Drei andere junge FN-Kader taten es in der Region gleich. Die Baisse des FN zwischen der Präsidentschafts- und der Parlamentswahl erklärt sich vor allem daraus, dass circa 20 Prozent der FN-Wähler dieses Mal nicht an die Urne gingen. Ein Grund dafür ist, dass der FN vielerorts unbekannte örtliche Kandidaten präsentierte. Weitere 15 Prozent der rechtsextremen Wähler bei der Präsidentschaftswahl stimmten dieses Mal für das „kleinere Übel“ in Gestalt der Konservativen. Diese hatten die Le Pen-Wähler gezielt durch Ankündigungen auf den Themengebieten Innere Sicherheit, Einwanderung und Steuersenkungen umworben. *Bernhard Schmid*

Ausland

Schweizer Vorbild

Die Alpenrepublik hat ihre Rolle in der NS-Zeit aufgearbeitet – andere Staaten sind davon noch weit entfernt.

Der 19. Dezember 1996 ist zumindest für die Schweiz ein wichtiges Datum. An diesem Tag beschloss nämlich der Bundesrat, eine internationale, unabhängige Expertenkommission einzusetzen, um die Politik der Alpenrepublik von 1933 bis in die frühe Nachkriegszeit zu untersuchen. Präsident wurde Jean-Francois Bergier, weshalb die Kommission bald dessen Namen trug. Beide Kammern des Parlaments, also der National- und der Ständerat, erteilten der Kommission folgenden Auftrag: „Untersucht werden Umfang und Schicksal von Vermögenswerten aller Art, die von Banken, Versicherungen, Anwälten, Notaren, Treuhändern, Vermögensverwaltern und andere natürlichen oder juristischen Personen oder Personengemeinschaften mit Wohnsitz oder Sitz in der Schweiz erworben, diesen zur Verwahrung, Anlage oder Übermittlung an Dritte übergeben oder von der Schweizerischen Nationalbank entgegengenommen wurden.“ Mit anderen Worten: Sind die Opfer beraubt worden, haben Kreditunternehmen sich auf Kosten der Opfer bereichert?

Ursprünglich sollte die Bergier-Kommission mit fünf Millionen Franken auskommen. Bereits ein Jahr nach der Berufung wurde klar, dass diese Summe nicht ausreichen werde. Deshalb hob das Parlament in Bern den Betrag auf 22 Millionen Franken an. Mehr als 40 Forscher gingen im In- und Ausland an die Arbeit; in Deutschland, den USA, Israel, Italien, Österreich, Russland und Polen wurden Archive durchsucht, Akten gesichtet und nach und nach Zwischenbilanzen veröffentlicht. Dabei zeigte sich, dass frühere Berichte über horrenden Devisen- und Goldtransaktionen zwischen Schweizer Banken und der Nationalbank der Eidgenossen einerseits und Nazibehörden andererseits weitgehend zutrafen und nunmehr als wissenschaftlich gesichert angesehen werden müssen.

Zur Flüchtlingspolitik hat die Kommission ebenso eindeutige wie deprimierende Ergebnisse zutage gefördert. Heftige Kritik üben die neuen Mitglieder der Kommission an der weltweiten Verweigerung gegenüber Verfolgten. Die im Juli 1938 von US-

Präsident F. D. Roosevelt ins Schweizerische Evian einberufene Konferenz sollte ursprünglich Verfolgen die Ausreise aus Nazi-Deutschland erleichtern. Es ging vor allem um Juden. Die Kommission fasst zusammen: „Die Ergebnisse der Konferenz fielen mager aus, da es der Mehrzahl der 32 vertretenen Regierungen eher darum zu gehen schien, ihre Flüchtlinge loszuwerden...“ Nicht alle der Aufgaben der Kommission wurden indes erfüllt.

Als vor gut fünf Jahren die Schweiz wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem „Dritten Reich“ in Veruruf geriet, ballten sich auch unter anderem über Spanien, Portugal und Schweden dunkle Wolken zusammen. Zumindest diese drei Staaten schienen durch Rohstoffe und Devisen NS-Deutschland geholfen zu haben, den Krieg solange durchzuhalten. Ohne diese oder andere Länder beim Namen zu nennen, stellen die Experten zur „Drehscheibenfunktion der Schweiz“ nun fest: „All dies bedarf weiterer Erforschung und Beurteilung.“

In deutschen Archiven haben die Mitarbeiter der Kommission viel Material gefunden. Weniger ergiebig waren die Recherchen in Italien sowie in von den Nazis besetzten westeuropäischen Staaten. Dort hatten Schweizer Unternehmen auch Tochtergesellschaften, aber diese Archive geben weniger her. Die Ursachen dafür gilt es noch herauszufinden.

Die Kommission hat ihre Arbeit zeitgerecht abgeschlossen. Beendet ist sie nicht. Die Forscher räumen dies auch unumwunden ein, wie überhaupt kein geschöntes Bild der Schweizer Rolle in der NS-Zeit geboten wird. Die Schweiz scheint ihre jüngste Vergangenheit weitestgehend aufgearbeitet zu haben. Andere Staaten sind davon noch weit entfernt. Zeitzeugen stehen kaum zur Verfügung, Akten und Dokumente dagegen durchaus. In einer abschließenden Erklärung heißt es: „Sich der Vergangenheit zu stellen, ist eine Voraussetzung für die Zukunft, welche die internationale Gemeinschaft gemeinsam interessieren muss. Es ist deshalb angebracht, dass in einer nächsten Phase die neuen Erkenntnisse über die inneren Verhältnisse und die internationalen Beziehungen über die wirtschaftliche, politische und moralische Dimension der Entwicklungen in den einzelnen Ländern während der Zeit des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust in gemeinsamer Anstrengung supranational zusammengetragen werden.“ Zu hoffen bleibt, dass diese „einzelnen Länder“ dem Schweizer Vorbild folgen werden. Ein guter Anfang ist gemacht. *Heiner Lichtenstein*

Bücherschau**Geschichtsverfälscher**

Die Holocaust-Leugner arbeiten mit einem einfachen Trick: Sie geben sich als Wissenschaftler und stellen mit Unschuldsmiene die „Schulwissenschaft“ in Frage. Da die Judenvernichtung ein emotionsbelastetes Thema ist, machen sie mit ihrem „Revisionismus“ so viel Wind, dass ihnen endlich jemand widersprechen muss. Eine Entgegnung müsste sich auf dieselbe vom Antisemitismus eingefärbte Ebene einlassen und beweisen, was ohnehin unbestreitbar ist. Deshalb hat die US-amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt den Ansatz gewählt, die Holocaust-Leugnung selbst zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Untersuchung zu machen (Betrifft: Leugnen des Holocaust, Zürich 1994). In dem Buch nennt sie den Briten David Irving einen „Geschichtsfälscher und Holocaust-Leugner“. Dagegen hat Irving 1994 in London Klage wegen Verleumdung eingereicht. Das Gericht nahm sich Irvings Vorträge und Bücher vor und musste sich, obwohl die Klage nicht direkt die historischen Ereignisse betraf, mit Fragen der historischen Wahrheit auseinandersetzen.

Der Kläger Irving geriet während des Prozesses immer mehr in die Defensive und steckte mit dem Urteilsspruch vom April 2000 eine vernichtende Niederlage ein. Sein „akademischer Mantel hing nach dem Urteil in Fetzen“. Da das internationale Medieninteresse groß war, war es zugleich eine Niederlage für die gesamte Holocaust-Leugnung. Irving brachte es allerdings fertig, aus dem verlorenen Prozess noch publizistischen Gewinn zu schlagen. Richard Evans, der als Gutachter vor dem Gericht auftrat, beschreibt in seinem Buch „Der Geschichtsfälscher“, wie Irving den Gerichtssaal als Forum benutzte und fast täglich seine willkürlichen Versionen der Verhandlungen ins Internet setzte. Zu guter Letzt gab er sich als Justizopfer.

Evans beschreibt im Detail Irvings schludrigen Umgang mit den Quellen. Nach britischem Recht musste Irving der Gegenseite alle seine Unterlagen überlassen. Evans untersucht Irvings Weglassungen, fehlerhaften Übersetzungen, Ausblendungen des Kontext, Falschdatierungen und Kombinationen von Textteilen verschiedenen Ursprungs, so dass der gewünschte Sinn zustande kommt. Irving manipulierte die Zahl der ermordeten Juden systematisch nach unten. Ein Kapitel über die Bombardie-

rung Dresdens 1945 zeige, wie Irving die deutschen Opferzahlen willkürlich hochschraubt, womit er offenbar ein moralisches Gegengewicht zum Judenmord begründen will.

Evans aktualisiert Lipstadts Anatomie der Holocaust-Leugnung. Welcher Wissenschaftler, welche Wissenschaftlerin hätte sich je träumen lassen, das umfangreiche Privatarchiv eines Holocaust-Leugners systematisch durcharbeiten zu können? Allerdings lässt Evans Buch vermissen, was man sich schon von Lipstadt gewünscht hätte: Eine Analyse der Holocaust-Leugnung für das Weltbild der Rechtsextremen. Die Holocaust-Leugnung war notwendig, um den Antisemitismus von der Belastung durch Auschwitz zu befreien. Nach Auschwitz war der Antisemitismus moralisch unmöglich. Man kann angebliche Weltverschwörer und Ausbeuter hassen, aber nicht die Toten und Überlebenden der KZs. Die Bewunderung Hitlers war eingeschränkt, solange dessen Verbrechen im allgemeinen Bewusstsein unwidersprochen als Verbrechen galten.

Diese Verleugnungsarbeit ist inzwischen getan, und kein Aufklärungsbuch oder Gerichtsurteil kann den Antisemiten die Erleichterung darüber nehmen, dass der Holocaust immerhin ein kontroverses Thema sei. Darüber hinaus war der rechte Geschichtsrevisionismus Ausgangspunkt zu einer umfassenden Umdeutung des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs. Evans gibt eine Reihe von Beispielen, wo Irving Quellen verfälscht, die mit dem Holocaust nichts zu tun haben. Er zeigt, wie Irving in seinen Texten und während des Prozesses seine eigenen früheren Äußerungen revidiert. Der holocaustleugnende Revisionismus ist selbstbezüglich geworden. Seine Argumente wiederholen sich schon lange und der provokative Stachel ist stumpf. Evans Buch handelt von einem Prozess wegen eines Buches über die Holocaust-Leugner. Die Holocaust-Leugnung ist also Gegenstand wissenschaftlicher und juristischer Auseinandersetzungen auf mehreren Ebenen und Reflexionsstufen und ihrerseits Gegenstand der Geschichtsschreibung. Damit könnte sie sich totgelaufen haben. Ihre Protagonisten sind zur praktischen Arbeit übergegangen. Russland und einige islamische Länder sind ein weites Feld, auf dem sie den „internationalen Feldzug für die wahre Geschichte“ (Irving, zit. nach Evans 2001, S. 38) führen. *F.-P. Heller* **Richard Evans, Der Geschichtsfälscher: Holocaust und historische Wahrheit im David-Irving-Prozess. Aus dem Englischen von Udo Rennert, Frankfurt am Main 2001 (Campus), 391 Seiten, 34,90 Euro.**

Zeitschriftenschau**Periodika der extremen Rechten**

„Nation&Europa“ (NE), 52. Jg., Heft 6/2002: Franz Schönhubers Kolumne „Die Juden und wir“ soll „die offene Flanke der nationalen und internationalen Rechten“ schließen helfen. Wegen seiner privaten, beruflichen und politischen Erfahrung mit dem „jüdischen Milieu“ (was ist das?), hält sich der frühere REP-Vorsitzende für legitimiert, seinen in judaica irrenden Schafen zu raten. Dieser Ratsschlag fällt allerdings sehr widersprüchlich aus, so dass Schönhubers Empfehlung, eine jüdische Sonderrolle nicht zu akzeptieren, wahrscheinlich nicht greifen wird. Das beginnt mit dem als falsch kritisierten „Ja-aber“-Syndrom“, das er selbst verwendet. Dabei spricht er von den Erfahrungen seines metzgernden Vaters mit jüdischen Geschäftspartnern, den „guten“ Juden, die dem Kaiserreich dienten, redet den Antisemitismus klein, den es in ganz Europa gegeben habe, nicht ohne Seitenhieb auf die „von jüdischen Bolschewisten ideologisch“ vorbereitete Oktoberrevolution, die mehr als 100 Millionen Opfer forderte, führt die Ablehnung der Ostjuden durch Juden in Deutschland (etwa durch Walter Rathenau) an. Warum die Deutschen mit Juden (anders als die Faschisten) so brutal umgegangen sind, bleibt für Schönhuber ein „politisches Phänomen“. Streicher, Goebbels, Himmler reichen ja nicht aus, dies zu erklären. Und seine „Ansicht“, der latente Antisemitismus sei „auch auf die Rivalität begabter Deutscher und Juden zurückzuführen“ ist nicht minder abgeschmackt. Vor allem historisch falsch ist die Bezeichnung der Kibbuzim als „Vorläufer des Reichsarbeitsdienstes“ oder die Behauptung „NS-Kreise, die über den Tellerrand des Regimes hinaussahen“, hätten in Palästina „ähnliche Rassevorstellungen“ konstatiert – frei nach dem Motto, was in Israel geschah, können die Nazis nicht falsch gemacht haben. Im NE-Buchdienst wird unter unter der Schlagzeile „Zurück zum Erfolg“ für Schönhubers neues Werk über Aufstieg und Niedergang der Republikaner geworben, damit, so die Hoffnung, „die deutsche Rechte wieder auf die Beine kommt“. Ansonsten bleibt NE, neben der Hervorhebung der Ermordung von Pim Fortuyn und dem Erfolg von Jean Marie Le Pen, den traditionellen Themen treu (Achtundsechziger, Reinwaschung des NS-Systems, Bundespräsident Johannes Rau in Marzabotto, Antisemitismus: Karl Richter – Narrenfreiheit für Israel; Antiamerikanismus: Rolf Wedel – Die Machtspiele der USA). (khr)

„Junge Freiheit“ (JF), 17. Jg., Nr. 22-25/2002: Zugestimmt wird weitgehend Jürgen W. Möllemann und seiner Diffamierung von Michel Friedman, dem „so selbstherrlichen wie selbstverliebten stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden“, so Michael Wiesberg, dem die „Gradlinigkeit“ Möllemanns offensichtlich imponiert. In der „politisch verklemmten“ deutschen Republik erreiche man Aufmerksamkeit durch den „Bruch von Tabus“, erklärt Paul Rosen. Daher machte sich Möllemann „zum Stoßtruppführer gegen den Zentralrat der Juden, einer Organisation, die viele in Deutschland für eine Oberinstanz in Sachen politischer Moral halten“, analysiert der JF-Autor. Doris Neujahr nimmt den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, Salomon Korn, ins Gebet, der einer „deutsche(n) Endlosneurose“ das Wort rede. Ohne die „Letztbegründung durch den Holocaust und den Vorwurf seiner ‚Verharmlosung‘ sei nichts mehr möglich, beklagt sie. Mit dem „Angriff“ Frank Schirrmachers, der in der als „Aufstand der Anständigen“ camoufflierten Menschenjagd schnell noch einen prominenten Skalp ... ergattern“ wolle, auf Martin Walser würde nun auch das FAZ-Feuilleton das „schlimmste Geschichtskapitel für den niedrigsten Zweck“ instrumentalisieren, bedauert Neujahr. Der in Deutschland herrschende „Geistesterror“ habe mit dieser „Denunziation“ Schirrmachers das Zentrum des etablierten Literaturbetriebs erreicht, stellt Günter Zehm fest. Das „politisch-mediale Establishment“ entscheide, wer am politischen Diskurs teilnehmen dürfe, lamentiert Andreas Mölzer über die Wiederausladung des Rechtspopulisten Jörg Haider bei einer Veranstaltung der FAZ. Andreas Wild hofft, dass bei der „deutschen Gedankenpolizei in Politik und Medien“ umgerüstet werde, da die „üblichen Totschlagvokabeln“ gegen „nichtlinke Meinungsgegner“ nicht mehr tragen würden. Alexander Barti prangert eine „permanente „Besudelung christlicher Symbole“ an, Brandanschläge auf Kirchen würden im Gegensatz zu brennenden Synagogen auch keinen „mediale(n) Aufschrei der Anständigen“ erzeugen. Der frühere Oberst i.G. Klaus Hammel geißelt die vom Bundestag beschlossene Aufhebung der NS-Unrechtsurteile gegen Deserteure als „Demonstration politischer Willkür“, die die Wehrmachtsjustiz insgesamt als Unrechtssystem darstelle. Im Zusammenhang mit der NS-Zeit werde „durch eine Form übersteigerter moralischer Entrüstung ... eine Sinnumdeutung von Werten“ vorgenommen, und dabei „Gehorsam und Pflichterfüllung als verwerflich und als Unrecht kategorisiert“, entrüstet sich der ranghohe Ex-Militär. (gn)

Meldungen

Inland

■ **Augsburg** – Rechtsanwalt Konrad Hoffmann (Augsburg), Vorsitzender der Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich (VLDO), ruft in einer „Grundsatzerklärung“ zur Wahlenthaltung auf. Auch „nationale Parteien“ seien, so Hoffmann, für „volks- und reichstreue Deutsche“ nicht wählbar, da sie ein „ungefährliches, ja insgeheim sogar willkommenes Anhängsel, das von der Wahlkampfkosten-Erstattung aus Steuermitteln des Kriegssieger-Protectorats BRD“ lebe, wären. Ziel müsse es sein, die „reichsfeindlich eingestellte Staatlichkeit abzuschütteln“ durch massenhafte Wahlenthaltung. Nur diese „außerparlamentarisch Handeln wollende Massenbewegung“ könne die „ohne Volkes Auftrag geschaffene reichsfeindliche Nachkriegsordnung zu Gunsten der geraubten und daher endlich wiederherzustellenden Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches auf friedliche Weise“ ablösen. Die rechtsextreme VLDO lehnt das Grundgesetz als „völkerrechtswidrig“ und „staatsrechtswidrig“ ab.

■ **Bad Bevensen** – Das rechtsextreme Freundschafts- und Hilfswerk-Ost e.V. (FHWO; Bad Bevensen) führt vom 28. Juni bis 8. Juli bereits zum zweiten Mal in diesem Jahr eine „Schlesien-Rundreise“ durch. Ziel ist die dortige „Erhaltung und Festigung des Deutschtums“. Kontakte vor Ort bestehen zu „Deutschen Freundeskreisen“ und diversen „Volkstanzgruppen“. Bei der vorherigen Reise im Mai besuchten die FHWO-Aktivistinnen auch den Geburtsort des „höchstausgezeichneten Wehrmachtssoldaten Oberst Rudel.“ FHWO-Schirmherr ist das Ex-DVU-Bundesvorstandsmitglied Klaus Sojka, der im Sommer letzten Jahres den Aufruf „Ja zu Deutschland – Ja zur NPD“ unterzeichnete. Dem FHWO steht als Vorsitzender Klaus Hoffmann, einst NPD-Bundesvorstandsmitglied und niedersächsischer Gauführer der Wiking-Jugend vor.

■ **Berlin** – „Die Judenfrage ist mit der Katastrophe des Deutschen Reiches nicht verschwunden. Sie harrt – mehr denn je – der Lösung.“ Dies verlautbart Horst Mahler unter dem Stichwort „Judenfrage“ auf der Homepage des rechtsextremen Deutschen Kolleg. Laut NPD-Mitglied Mahler würden „die Rolle jüdischer Bankiers im globalen Finanzsystem, die engen Bindungen zwischen den USA und Israel, der jüdische Zugriff auf die Me-

dien und die penetrante Kommerzialisierung des Verfolgungsleids durch gewisse von Juden bestimmte Institutionen mit unwiderstehlicher Gewalt die Befassung mit ‘den Juden’ auf die Tagesordnung der politischen Diskussion“ setzen. Der notorische Antisemit ist der Auffassung, dass die „unter Einsatz der Auschwitzkeule erzwungene Tabuisierung der Judenfrage in der ‘westlichen Verwertungsgemeinschaft’“ es verhindert habe, „im Denken zum Kern der Judenfrage vorzudringen.“

■ **Bonn** – Wolfram Zabel, Korrespondent der wieder stramm rechtsaußen positionierten Vierteljahresschrift „Criticon“ (Bonn), beklagt in der aktuellen Ausgabe, dass sich „die Union (freiwillig) die Antifa-Zwangsjacke“ habe „anlegen lassen und potenzielle Koalitionspartner in vorauseilendem Gehorsam bekämpft“. Er mokiert sich besonders über die CDU-Führungsspitze: „Merkel, Merz und Meyer – drei Namen ... die den Zustand einer geschächeteten Volkspartei symbolisieren.“ Autor der Ausgabe ist auch der in rechtsextremen Kreisen (Gesellschaft für freie Publizistik, Cannstatter Kreis) aktive Hans-Helmuth Knütter (CDU-Mitglied), der an der Bonner Universität einen „Arbeitskreis Publizistische Aktivitäten gegen Links“, dem Zabel angehörte, leitete. Knütter schreibt: „Die Funktion der Parteien in Deutschland ... ist nicht gut und deshalb sehr ‘umstritten’. Sie wirken an der Willensbildung des Volkes nicht mit, wie das Grundgesetz ihnen zuweist, sondern sie reißen alles an sich und machen die Demokratie zu einer Parteifunktionsoligarchie.“ Aufgerufen wird die Leserschaft, dem „Criticon Club“ beizutreten. Ansprechpartner des „Criticon Clubs“ ist Alexander Schmidt, der unlängst vom Bundesvorstand der CDU-Studierendenorganisation RCDS wegen Rechtslastigkeit ausgeschlossen wurde (vgl. BNR 3/02).

■ **Elmstein** – Die NPD hat im pfälzischen Elmstein, einer 1000-Seelen-Gemeinde bei Neustadt, Kaufverhandlungen über ein Grundstück am Ortsrand geführt, die kurz vor dem Abschluss stehen sollen. Bei dem Gelände handelt es sich um eine ehemalige Bäckerei und Schlachtereie. In den letzten Monaten hatte die NPD mehrfach versucht, Immobilien in der Pfalz zu erwerben (vgl. BNR. 9/02). Unklar ist derzeit noch, ob es auch hier Lokalpolitikern gelingen wird, kurzfristig den Verkauf abzuwenden. Der Lambrecht Verbandsbürgermeister Herbert Bertram äußerte gegenüber einer Lokalzeitung lediglich, dass die Verwaltung nicht untätig geblieben sei. Auf einen Rückhalt in der Bevölkerung kann die NPD indes nicht hoffen – ih-

re Ergebnisse bei den letzten Wahlen lagen bei weniger als zehn Stimmen.

■ **Meppen** – Bundeskanzler Gerhard Schröder ist unfreiwillig auf der neuen CD der Band „Stahlgewitter“ verewigt. „Sie dürfen sich nicht das, was sie hier aufgebaut haben, kaputt machen lassen von ein paar wild gewordenen Glatzköpfen in diesem Land“, hatte Schröder bei einem Unternehmensbesuch im Osten zu den Mitarbeitern gesagt. Der 15-Sekunden-Mitschnitt ist nun im Original-Ton unter dem Namen „Begrüßungsworte von Bundeskanzler Gerhard Schröder“ der erste Titel der „Stahlgewitter“-CD „Politischer Soldat“. Die rechtsextremen Musiker aus dem Emsland verhöhnern außerdem den Tod des 6-jährigen Joseph aus Sebnitz. Der Titel „Sommer in Sebnitz“ endet, in Anlehnung an das tödliche Schwimmbad-Unglück und den folgenden Presserummel, mit dem Conny-Froboes-Klassiker „Pack die Badehose ein ...“. In der CD-Hülle grüßt Stahlgewitter mit den Worten „Braun nist beautiful“ und „Wir sind Überzeugungstäter – nicht die letzten von gestern – sondern die ersten von morgen“.

■ **Nürnberg** – Rassismus verbreitet zur Fußball-Weltmeisterschaft die Homepage der NPD-nahen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die mit einem Sitz im Stadtrat von Nürnberg vertreten ist. Europäische WM-Teams würden die „durchschnittliche ethnische Zusammensetzung eines Asylantenheimes repräsentiere(n)“. Die niederländische Mannschaft wird als „afrikanisiert und durchrasst“ diffamiert. Weiter schreibt der Pseudonymus „Arya“: „Selbstverständlich konnten sich die Hintermänner der BRD-Regime-Verbrecher da nicht zurückhalten und befahlen ihren Vasallen, dass auch Deutschlands Aufgebot einen ... Schwarzafrikaner in ihren Reihen haben müsse. Den Krummnasen wurde ihr Wunsch erfüllt. Fußballerisch gab es dazu keinerlei Grund – es handelt sich um eine reine Verhöhnung des deutschen Volkes und um ein Symbol des unbedingten Willens zur umfassenden Vollstreckung des Durchrassungs-Völkermordes an Deutschland. War es ein Zigeuner oder war's ein Jude, der da irgendwo eklig schmierig quäkte: 'Vielfalt statt Einfach'?“ Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragter der Bürgerinitiative ist Gerhard Ittner (Jg. 1958) aus Zirndorf.

■ **Riesa** – Für den 3. August dieses Jahres hat der NPD-nahe Deutsche Stimme Verlag ein Pressefest „in Mitteldeutschland“ angekündigt, das unter „freiem Himmel“ stattfinden soll. Auf der Rednerliste

stehen neben dem NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt auch Nick Griffin, Vorsitzender der British National Party sowie der US-amerikanische Rechts-extremist David Duke.

■ **Schifferstadt** – Das Amtsgericht Speyer hat den 18-jährigen Skinhead Ronnie Reimer aus Schifferstadt wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Jahr und neun Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Er hatte einen Mann aus Russland angegriffen und zusammengeschlagen und getreten. Das Opfer war außerdem mit Steinen beworfen worden. Beim Prozess räumte er die Tat ein. Der mehrfach vorbestrafte Reimer (BNR 2/01) hatte vor Gericht wiederholt seine Abkehr von der rechten Szene angekündigt, aber bislang nie vollzogen. Er gab in den vergangenen Jahren die Fanzines „Südwestwind“ und „Pfalzfront“ heraus und mischte beim Anti-Antifa-Blatt „Wehrwolf“ mit. Der mitangeklagte Skinhead Oliver Zdarsky (18), Herausgeber des Fanzines „Rheinsturm“ aus Mannheim, wurde freigesprochen.

■ **Schwarzenborn** – „Die Wende ist da! Sie kommt mit Donnerschlägen“ jubiliert Manfred Roeder angesichts der Debatte um „Möllemann und Walser“ (Rundschreiben vom 17. Juni). Der Zentralrat der Juden würde immer nur „Schuldbekenntnis und Unterwerfung“ fordern, hetzt der Rechtsextremist. „Jüdische Organisationen“ seien als „fremde Besatzungsmacht“ die „Feinde aller freien Völker“. Roeder stellt schließlich fest: „Der jüngste Stimmungsumschwung, der gewaltig heranbrodelnde Unmut im deutschen Volk über die ekel-erregend unverschämte, pausenlose jüdische Anmaßung sind ein deutliches Zeichen und ein Signal für den Willen zur Freiheit in einem dann endlich deutschen Deutschland.“

■ **Sindelfingen** – Janus Nowak (Jg. 1978), NPD-Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg, und ein weiteres NPD-Mitglied sind wegen Wahl- und Urkundenfälschung bei der Landtagswahl Baden-Württemberg im März 2001 angeklagt. Der gelernte Beton- und Stahlbetonbauer Nowak, seit 1994 NPD-Mitglied, ist seit Anfang 2000 hauptamtlich tätig beim NPD-Landesverband Baden-Württemberg. Eigenangaben zufolge gehört er auch dem Verein Schlesische Jugend, der Jugendorganisation der Schlesischen Landsmannschaft an.

■ **Stuttgart** – Der seit Februar amtsenthobene baden-württembergische Ex-REP-Landesvorsitzende Christian Käs (41) hat mit sofortiger Wir-

kung seinen Parteiaustritt erklärt. Gegen den Schlierer-Gegner und Schönhuber-Anhänger Käs ermittelt die Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Verdacht des Betrugs und der Untreue zu Lasten der Landespartei. Er soll dem Landesverband finanziellen Schaden in Höhe von rund 90 000 Euro zugefügt haben. Rechtsanwalt Käs, der die baden-württembergischen Republikaner seit 1991 anführte, will sich künftig nicht mehr parteipolitisch engagieren.

■ **Timmenrode** – Steffen Hupka, aus der NPD ausgeschlossenes Ex-Bundesvorstandsmitglied, hat in einem verschwörungstheoretischen Schreiben vom 12. Juni erneut mit seiner einstigen Partei abgerechnet. Diese sei eine „feindliche Organisation“, da sie mit dem „System“ identisch sei und der Vorstand aus „Agenten und aus Unterstützern von Agenten“ bestehe. Für Hupka besteht der „einzige Unterschied zwischen den Systemparteien und den 'nationalen Parteien'“ darin, „dass die Funktionäre der letzteren natürlich etwas häufiger bestimmte nationale Töne anschlagen müssen, da ja auch ihre Zielgruppe, die sie politisch lahmlegen sollen, eine andere ist.“ Seinen einstigen langjährigen Mitstreitern bescheinigt Hupka, dass sie sich „auf dem politischen Niveau eines 15-jährigen“ bewegen würden.

Ausland

■ **Großbritannien (Uckfield)** – „Niemals zuvor ist die Einmischung der jüdischen Machtzentren in die deutsche Politik deutlicher zutage getreten, als im Zuge der Antisemitismus-Affäre um Jürgen W. Möllemann. Niemals zuvor trat der Zentralrat der Juden als übergeordnete Machtinstantz in der BRD forscher ins Rampenlicht der Öffentlichkeit“, heißt es in dem Beitrag „Krieg zwischen Juden und FDP“ auf der Homepage des „national journal“ (nj). Als Betreiber des nj gilt die deutsche Redaktionsgemeinschaft „Die Freunde im Ausland“ (DFiA). Hinter der soll nach Szene-Erkenntnissen der Revisionist Karl Philipp, vormals NPD-Landesvorstandsmitglied in Hessen, stehen. Als positiv gesehen wird, dass Möllemann „gegen die jüdischen Machtzentren einen schmerzhaften Streich“ geführt und „die seit langem aufgestaute antijüdische Stimmung“ in die „intellektuellen Salons der BRD“ getragen habe: „Damit machte er den so genannten Antisemitismus nicht nur hof- und salonfähig ... mehr noch, seine Worte verstärkten in der Bevölkerung das Gefühl, von den Juden als ungelitene Fremdlinge bevormundet zu werden.“

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861
Heft 13-2002 Abo 401917

9

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

■ **Österreich (Linz)** – Der FPÖ-Ideologe Andreas Mölzer (Corps Vandalia zu Graz) rief die Deutsche Burschenschaft bei der diesjährigen Tagung des Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit (AfbA) in Linz dazu auf, „Kontakte zu anderen nationalen Gruppen in Europa aufzunehmen.“ Mögliche Kontaktpartner für die DB seien der Front National, der Vlaams Blok und die Forza Italia sowie Gruppierungen in Kroatien und Ungarn. Nicht in Betracht kämen „aufgrund historischer Begebenheiten“ Gruppen in Polen oder Tschechien. Thomas Moritz (Wiener akad. Burschenschaft Markomannia zu Passau), Vorsitzender des AfbA, plädierte für eine „Erneuerung der deutschen Kultur“.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bvr.de
Internet: <http://www.bvr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung:

Taha Kahya, Vertrieb
Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

SEB AG, BLZ: 100 101 11, Konto-Nr.: 192 110 790 0
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.